

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

325

Wien, Freitag, den 21. Dezember 1923.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

HB. Hess eröffnet um 10 Uhr vormittags die Sitzung und erteilt sofort dem Bürgermeister Seitz das Wort.

Altbürgermeister Reumann Ehrenbürger der Stadt Wien.

Bgm. Seitz führt nun aus: Wir haben heute voraussichtlich die letzte Sitzung ds. J. Am 31. Dezember, also zu einer Zeit, zu der wir voraussichtlich nicht versammelt sein werden, feiert der Altbürgermeister Gemeinderat Reumann seinen siebenzigsten Geburtstag. Was Reumann für die Stadt Wien bedeutet, welche Fülle von Arbeit er in den dreiundzwanzig Jahren seiner öffentlichen Tätigkeit im Gemeinderate der Stadt Wien, was er insbesondere in den letzten fünf Jahren als Bürgermeister der Stadt Wien geleistet hat, das ist in den letzten Monaten in tausend Stimmen gesagt worden. Ich selbst habe gelegentlich des Scheidens Reumanns aus dem Amte seine Lebensarbeit eingehend gewürdigt und kann es daher heute unterlassen, noch einmal darauf zurückzukommen. Wir wollen unserer Liebe und Verehrung für ihn in weithin sichtbarer Form Ausdruck geben, wir wollen die Dankeschuld der Stadt Wien wenigstens zum Teil dadurch abstaten, daß wir ihm die höchste Ehre erweisen, die Wien einem seiner Bürger zuteil werden lassen kann. Ich stelle den Antrag, Jakob Reumann zum Ehrenbürger der Stadt Wien zu ernennen. (Lebhaftes Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

GR. Kunschak (chr. soz.): Sie wollen heute den Herrn Altbürgermeister Reumann zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernennen. Wir nehmen zu diesem Antrage Stellung, frei von jeder persönlichen oder parteipolitischen Erwägung. Dass Altbürgermeister Reumann seit 23 Jahren dem Wiener Gemeinderat angehört, ist gewiß ein Umstand, der Würdigung verdient. Es soll auch nicht übersehen werden, daß die Zeitverhältnisse, unter denen der Herr Altbürgermeister seine Tätigkeit als Bürgermeister übte, ^{an} jedem öffentlichen Funktionär besonders starke Anforderungen gestellt haben. Diese Umstände würdigend, müssen wir feststellen, daß die Partei des Herrn Antragstellers in ähnlichen Fällen einen gleich unbefangenen Standpunkt leider nicht eingenommen hat. Wir werden uns an der Abstimmung über den Antrag, dem Herrn Altbürgermeister Reumann das Ehrenbürgerrecht zu verleihen nicht beteiligen, um so auch der Mißdeutung vorzubeugen, als ob in unserem Verhalten ein Grad von Anerkennung für die bisherige Gebarung der Gemeinderatsmehrheit gelegen wäre.

Der Antrag wird hierauf unter großem Beifall der Mehrheit angenommen.

Es wird nunmehr in die Fortsetzung der Budgetdebatte eingegangen.

StR. Siegel hält das Schlußwort über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten. Er führt aus:

Die Minderheit habe sich hauptsächlich mit dem Zustand der Strassen beschäftigt. Es müsse aber erklärt werden, daß ein gewisser Rahmen der der Pflege und Wartung der Strassen aus technischen und finanziellen Gründen gesetzt ist, nicht überschritten werden könne. Gewaltige Besserung im Zustand der Strassen, bei deren Reinigung und Beleuchtung seien unverkennbar und würden auch im kommenden Jahre weiter geführt werden. Was den bestehenden Mangel in der Beleuchtung betreffe, müsse darauf hingewiesen werden, daß unmittelbar nach dem Kriege ungefähr 50.000 Gasflammen entfielen. Heute habe man schon 10.000 von diesen Flammen wieder in Betrieb gesetzt, für den übrigen Rest plane man die Ablösung der Gasbeleuchtung durch die elektrische Beleuchtung. Diese sei heute noch auf die Strassenzüge beschränkt, die von der Strassenbahn befahren würden und müsse man zur elektrischen Beleuchtung der übrigen Strassen vorerst den Bund veranlassen, die notwendigen Sicherungen seiner Schwachstromleitungen gegen die Starkstromleitung zur Beleuchtung vorzunehmen. Das wären Fragen, die zuerst gelöst werden müssen, ehe man an eine volle Einführung der elektrischen Strassenbeleuchtung schreiten könne. Wenn ein Redner erwähnt habe, daß man der Strassenpflege erst unmittelbar vor den Wahlen erhöhtes Augenmerk zugewendet habe, sei das unrichtig, denn schon im verfloßenen Jahre habe man den Betrag von 70 Milliarden, der dann in Notstandsprogramm sogar auf 100 Milliarden erhöht worden sei, für die Strassenerhaltung vorgesehen. Erschwerend in der Herstellung und Erhaltung der Strassen sei auch der Umstand, daß nur 14 Strassenwalzen nach dem Kriege vorhanden waren. Was den Vorwurf der Achtlosigkeit gegenüber dem Zustande der Trottoire und schadhafter Häuser betreffe, müsse gesagt werden, daß jeder Fall vom Stadtbauamte überprüft und wenn notwendig, eine Zwangsherstellung, der die Hausherrn dann oftmals gerne durch Herstellung und Behebung der Mängel auf ihre eigenen Kosten begegnen, angeordnet werde. Es sei weiter falsch, daß nur der Grundstein oder wenige andere der Gemeinle nächstehende Unternehmungen durch Aufträge bedacht würden. Im Gegenteil, gebe es hunderte Firmen, die regelmässig Arbeiten übertragen erhalten. Durch die Tätigkeit der Gemeinde sei erreicht worden, daß im heurigen Jahr nicht ein einziger Bauarbeiter oder Arbeiter einer in das Baufach einschlägigen Branche, arbeitslos war. Es herrsche sogar vielfacher Mangel an Arbeitskräften. Die Bauabteilung habe schon zum wiederholten Male den Bund aufgefordert, seine Strassen in Wien herzurichten. Dazu gehöre auch die Wagramerstrasse. Wenn der Bund für die Erfüllung seiner Aufgaben säumig sei, könne dafür die Schuld nicht die gegenwärtige Gemeindeverwaltung. Man gehe gegenwärtig daran Maschinen zu konstruieren, die den in das Rinnsal gekehrten Kehricht wegschaffen sollen. Es stünde zu erwarten, daß die Konstruktion ebenso günstige Resultate erziele, wie die Schaffung der schon benützten Strassenreinigungsmaschinen, die es bisher noch nirgends gab und die als glänzendes Zeugnis Wiener Gewerbetätigkeit heute schon vielerorts in Betrieb stünden. Es sei nichtsonderlich zu verwundern, dass das geübte Coloniasystem noch nicht ganz eingebürgert und mit Kinderkrankheiten belängelt sei. Es brauche alles seine Zeit, um sich richtig einleben zu können. Die Entschädigung für die Hausbesorger sei im vorliegenden Voranschlag in gleicher Höhe vorgesehen. Zwar nicht als eigene Post, sondern in einer Sammelpost. Wenn man über die Tätigkeit der vom Referenten geleiteten Abteilung viel schimpfe und sie hart kritisiere, müsse man schon daran erinnern, daß die gegenwärtige Rathausverwaltung im Frühjahre 1919 als Erbgut nur leere Kassen, verhungerte Beamte, verrottete Unternehmungen, einen abgeholzten Wienerwald, keine Strassenbahn, kein Licht, demolierte Strassen, verwüstete Gärten übernommen habe.

GR.Kunsohak (chr.soz.); Eine Frechheit! Wo sind die 40.000 Kandelaber! Eine solche Sauwirtschaft.

GR.Doppler (chr.soz.): Eine unverschämte Demagogie! Abzug Siegel!

GR.Thaller (Soz.Dem.): Dasanklagende Gewissen Rede bei Euch.

GR. Doppler (chr.soz.): Meine Anfragen sind nicht beantwortet worden.

VB.Hoss erteilt dem StR.Weber zu seinem Bericht über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen und Sozialpolitik das Wort.

StR.Weber: Ich kann mich in meinem Referate umso kürzer fassen als sowohl.....

Großer Lärm, indem die weiteren Worte des Referenten untergehen.

VB.Hoss gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe. Neuerliche stürmische Rufe bei den Christlichsozialen: So ein Frechdachs. Stürmische Gegenrufe bei den Sozialdemokraten.

StR.Weber: Zum dritten Male kann ich..... Großer Lärm. Die GR. Orel und Speiser geraten in einen heftigen Wortwechsel.

VB.Hoss: Herr GR.Orel, ich bitte um Ruhe. Die Herren GR.Orel und Speiser ersuche ich um Ruhe.

Der Vorsitzende schwingt wiederholt die Glocke. In Saale herrscht ungeheurer Lärm, indem die zahlreichen Zwischenrufe untergehen.

GR.Untermüller (chr.soz.) ruft: Gemeine Kerl! Ungeheurer Lärm.

GR.Kunsohak: Siegel soll schauen, daß er hinauskommt. Stürmische Rufe bei den Christlichsozialen: Hinaus mit ihm! Abzug Siegel! Kanalaräumer, Kapskutscher.

Rufe bei der Mehrheit: Herr Kunsohak schämen Sie sich.

GR.Kunsohak: Eine solche Provokation kann man sich nicht ruhig bieten lassen. Er provoziert immer.

Da in dem ungeheuren Lärm ein weiteres Verhandeln unmöglich ist, unterbricht VB.Hoss die Sitzung.

Nach mehr als halbstündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Bgm.Seitz: Es haben sich einige unliebbare Zwischenfälle ereignet. Ich war leider verhindert in Saale anwesend zu sein, weil ich eine Deputation in einer wichtigen Sache empfangen musste. Ich kenne daher nicht im Einzelnen die Ausführungen der letzten Redner und die darauf folgenden Zwischenrufe. Ich werde mir aber das stenografische Protokoll vorlegen lassen und das Präsidium wird dann im Einvernehmen, die etwa notwendig erscheinenden Verfügungen treffen.

Amtsführender StR.Weber erstattet nun sein Referat über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe IV, "Sozialpolitik und Wohnungswesen". Der Voranschlag für 1923 enthält ein Erfordernis von rund sechs Milliarden, allerdings ohne Vorsorge für den Wohnhausbau. Wenn auch der Ertrag der Wohnbausteuer pro 1923 von 36 Milliarden hinzugerechnet wird, so wird das Erfordernis pro 1923 durch das des Jahres 1924 weit in den Schatten gestellt. Diesmal sind rund 620.5 Milliarden eingestellt. Davon von 591.5 Milliarden allein dem Wohnhausbau der Gemeinde. Mit dieser gewaltigen Summe wird die Gemeinde in diesem Jahre mindestens sechstausend neue Wohnungen erstellen, wehrscheinlich werden aber siebentausend Wohnungen den Wohnungslosen zugewiesen werden können. Mehr als ein Viertel der beim Wohnungsamte vorgemerkten Wohnungssuchenden wird in diesem Jahre die Sehnsucht seiner Wünsche erfüllt erhalten. Die Wiener Wohnungsnot wird also in absehbarer Zeit ohne unerträgliche Belastung der Mieter, ohne Preisgabe des Mieterschutzgesetzes und ohne Zurückschrauben der Wohnkultur behoben sein. Darüber hinaus bedeutet aber diese Leistung

eine ungeheure sozialpolitische, eine volkswirtschaftliche und eine kulturelle Tat, weil mit dem Wiedereinsetzen der Bautätigkeit im Friedensausmaße produktive Arbeitslosenfürsorge und damit Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im größten Maße geleistet wird. Wenn das Baugewerbe beschäftigt ist, floriert die gesamte Industrie und die mit dem Bauwesen unmittelbar zusammenhängenden Gewerbe. Die gesamte Volkswirtschaft bekommt neue Impulse, dadurch wird es auch möglich sein, das Wohnungselend abzubauen, die Menschen aus den dumpfen Wohnungen herauszunehmen und ihnen gesunde Wohnungen zuzuweisen.

Der Referent gibt nun einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit des Wohnungsamtes im Jahre 1923. Die Zahl der vorgemerkten mit I klassifizierten Wohnungssuchenden beträgt jetzt rund 20.000, hievon sind 800 Notstandsfälle, das sind jene, die entweder schon abdachlos sind, oder von der Obdachlosigkeit unmittelbar bedroht werden. Die Zahl der Vorgemerkten dürfte aber etwas geringer sein, weil sich inzwischen manche Wohnungssuchende eine Unterkunft verschafft haben. Durch Neubauten und Adaptierungen werden im Baujahre 1923/24 insgesamt 4044 Wohnungen erstellt. Außerdem wuchs im Wege des Äquivalentverfahrens dem Wohnungsmarkte durch Neubauten und Herstellung baufälliger und unbenützbarer Wohnungen 154 Wohnungen ^{zu}. Insgesamt wurden 13.3 Milliarden an Äquivalentbeiträgen eingenommen. Wir haben weiter durch Ersatzaufführungen in 95 Objekten 1910 Wohnungen, 52 Geschäftslokale und 3 Werkstätten erhalten und durch die Wohnungsanforderung 4555 Wohnungen und Wohnräume erfasst. Zusammen wurden also 10.738 Wohngelegenheiten den Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt. Infolge Verschlechterung des Anforderungsgesetzes ist die Zahl der rechtskräftigen Anforderungen um rund 3000 zurückgegangen. Wir haben weiter durch die Uebersiedlungshilfe 75 Wohnungen erhalten. Der Wohnungstausch, der durch das neue Gesetz ermöglicht wurde, ist in diesem Jahre sehr stark in Anspruch genommen worden. Insgesamt wurden 10.763 Tausche und Umschreibungen durchgeführt und zwar in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende Oktober. Das Mietengesetz hat uns recht beträchtliche Aufgaben zugewiesen. Die Gemeinde musste in 21 Schlichtungsstellen, die sowohl von Mietern als auch von Hauseigentümern in Anspruch genommen wurden, in 13.856 Geschäftsfällen intervenieren. Von diesen Mietstreitigkeiten wurden 4798 durch Vergleich und 7126 durch Vorentscheidungen erledigt. Insgesamt wurden 2328 Anträge auf Erhöhung des Instandhaltungszinses gestellt, und zwar in 497 Fällen bis zum 200fachen, in 1358 Fällen bis zum 500fachen und in 491 Fällen bis zum 1000fachen. In etwa fünf Prozent aller Wiener Häuser - ihre Zahl beträgt 43.910 - trat eine Erhöhung des Instandhaltungszinses ein. Da kann man wohl von einem Verfall der Wiener Häuser nicht sprechen.

Dieser kurze Ausschnitt über die Tätigkeit des Wohnungsamtes zeigt wohl die ungeheure soziale und sozialpolitische Bedeutung dieses Amtes, das mit tausendfältigen Schwierigkeiten zu ringen hat. Bei dieser Gelegenheit danke ich allen Beamten und Funktionären, durch deren Leistungen und aufopferungsvolles Arbeiten dieser Erfolg möglich geworden ist. Im Veranschlag sind auch rund 22 Milliarden als Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung eingestellt. Das Berufsberatungsamt der Gemeinde und der Kammer für Handel und Angestellte erfreut sich stets wachsenden Zuspruches, so daß an eine Erweiterung gedacht werden muss. Man darf wohl sagen, daß die Gemeinde in sozialpolitischer und wohnungspolitischer Hinsicht das grösstmögliche leistet.

GR. Ullreich (chr. soz.): 22 Milliarden für die Arbeitslosenunterstützung habe die Gemeinde nicht gerne auf sich genommen. Es war ein Gesetz notwendig, gegen das sich die Gemeinde stark gewehrt habe. Herr

StL. Brodner habe a. diese Tatsache gleich benützt, um an die Erhöhung einer bereits bestehenden Steuer zu schreiten. Es wäre aber wohl möglich gewesen, diese Summe aus den Einnahmen von 112 Milliarden für die Fürsorgeabgabe zu bestreiten. Im allgemeinen habe die Gemeinde nicht viel für Sozialpolitik übrig. Der Zustand der Räume der Arbeitsvermittlungsstelle beim Wimperger, deren Beschränktheit und gleiches auch bei der Ausszahlungsstelle in der Stumpergasse fordert eine Abhilfe. Was die Fachorganisation (Metallarbeiterverband) leisten konnte, müsse der Gemeinde möglich sein, nämlich zu diesem Zwecke eigene Baulichkeiten schaffen. Es sei nicht sozialpolitisch beim Verschwinden der Spielabgabe an die Invalidenfürsorge nicht weiter zu denken. Vielmehr Augenmerk müsse man auf die Förderung der Kleingarten- und Siedlerbewegung lenken. Durch diese Bewegung könne man dem gegenwärtigen Wohnungselend viel seiner Härten nehmen. Im Wohnungsamt müsse man oft stundenlang warten, ehe man zum Zuständigen Referenten gelang und dabei denke man 76 Beamte abzubauen. Sehr unangenehm falle ^{es} auf, daß man mit jeder Nummer des Wohnungstauschanzeiger rund eine Million verdiene. Auf diesen Betrag aus der Not der Wohnungssuchenden müsste die Gemeinde verzichten. Der Schlüssel für die Aufteilung der zu Wohnbauzwecken verwendeten Gelder müsse zugunsten des Aufwandes für Siedlungen geändert werden.

GRin. Wielsch: Bisher konnte man die Wohnungsnot nur lindern, nicht beseitigen. Wenn die Gemeinde im kommenden Jahre auch ihr Versprechen einlöse und 7000 Wohnungen fertigstellt, ändere das nichts daran. Es sei festzustellen, daß die Parteilichkeit, wie sie vor zwei Jahren im Wohnungsamt herrschte, unter dem Einfluß des Herrn StR. Weber bedeutend gemildert wurde. Es sei aber noch zu forcern, daß gewisse Belästigungen denen die Wohnparteien in ihren Wohnhäusern ausgesetzt sind, daß man sie auffordert, in die sozialdemokratische Organisation einzutreten, aufhören. Auch das sozialdemokratische Vertrauensleute in die Akten Einsicht nehmen, sollte abgestellt werden. StR. Weber hat übrigens bereits diesbezügliche Weisungen zugesagt. Der Parteienverkehr im Wohnungsamt ist überaus stark und man sieht da erst, was Wohnungselend heisst. Dieser Verkehr stellt an die Beamten die grössten Anforderungen und es ist zu begrüssen, daß nurmehr an drei Tagen in der Woche Parteienverkehr ist, weil sonst die Beamten überhaupt nicht ihre Arbeit leisten könnten und ihre Nerven noch mehr abgenützt werden würden. Ich möchte auch den Herrn Stadtrat bitten, vorzusorgen, daß auch für die Advokaten es ist nur ein kleiner Kreis, die sich mit Wohnungssachen befassen diese Parteientage gelten, so daß man nicht, wenn man auch an anderen Tagen in das Wohnungsamt kommt, von diesen Advokaten empfangen wird. Ich möchte auch darauf verweisen, dass die Flüchtlinge noch immer den Besitz ihrer Wohnungen sind. Ich will nicht, daß man diese Leute wohnungslos macht, aber sie sollen nicht besser wohnen, als das bodenständige Volk. Man sollte die Flüchtlinge zusammenziehen, damit mehr bodenständiges Volk nicht in Elend wohnen muß. Es sind ja nur gewisse Leute, die hier in Betracht kommen.

GR. Breyer (chr. soz.) ruft: Gaukler und Ganner sind es!

GRin. Wielsch: Ich stelle deshalb den Antrag, daß zur Erlangung von freien Wohnungen durch die Wohnungssenate die Flüchtlingswohnungen zu überprüfen und auf Grund eines Lokalaugenscheines durch Zusammenziehung einzelner Flüchtlingsfamilien unter Mehrbelastung der Wohnbestandteile rasch greifbare freie Wohnungen für die bodenständige Bevölkerung zu schaffen sind. (Beifall)

Vierter Bogen.

GR. Doppler (chr. soz.) Es gibt wenige Dinge, die so tief einschneidend sind wie gerade das Wohnungswesen. Es ist Pflicht der öffentlichen Körperschaften, die Wohnungsfürsorge durch die Errichtung von Bauten zu fördern. Aber ist auch notwendig, daß Wege gefunden werden, die dahingehen, auch die private Bautätigkeit wieder aufleben zu lassen. Die Gemeinde sollte auch einen großen Teil des Geldes dazu verwenden, um Kredite zu geben, um die Erhaltung der bestehenden Gebäude zu sichern. Sie nehmen wohl Ersatzreparaturen vor, das kann aber allein nicht genügen. Es werden immer mehr Häuser unbewohnbar und die Parteien müssen herausgenommen werden. Man müsste hier einen Schritt weiter gehen und Mittel und Wege suchen, damit die private Bautätigkeit wieder eingesetzt. Ich will nicht verkennen, daß wenn die Wohnbauprojekte, die sie während der Wahl versprochen haben, wirklich durchgeführt werden, eine gewisse Erleichterung eintreten wird. Wir haben aber rund 20.000 mit I gereichte Wohnungssuchende und ebenso viele befinden sich in den Gruppen II und III. Bei genauer Untersuchung dürfte herauskommen, daß auch von diesen in den beiden letzten Gruppen Eingereichten der größere Teil bevorzugt zu qualifizieren ist. Sie werden also auf diese Weise nie dazu kommen, die Wohnungsnot zu beseitigen, da auch die Fälle, wo die Häuser verfallen und die Wohnungen unbewohnbar werden, sich häufen. Es müssen also ernstliche Bemühungen unternommen werden, damit die private Bautätigkeit wieder eingesetzt. Ich weiß, daß dazu einem gewissen Teile des Mieterschutzgesetzes zwischen uns steht. Wir wollen gewiß die vernünftigen Seiten dieses Gesetzes beibehalten und nur das unvernünftige beseitigen. Aber es wird selbst der Referent zugeben müssen, daß auf die Dauer die Rationierung und Rayonierung der Wohnungen nicht aufrecht zu erhalten ist. Man könnte ganz gut, jetzt schon bei den Tauschgesuchen den Anfang machen. Ich fühle mich auch verpflichtet in objektiver Weise den Beamten des Wohnungsamtes für ihre Arbeit vollstes Lob auszusprechen. Es ist aber notwendig, daß für den Erhebungsdienst mehr Personal zur Verfügung gestellt wird.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Freitag, den 21. Dezember 1923. Zweite Ausgabe.

GR. Schorsch eröffnet um 4 Uhr die Sitzung und erteilt VB. Emmerling zu einem Bericht über die

Elektrifizierung der Wiener Stadtbahn

das Wort. Die Fortsetzung der Debatte über den Veranschlag der Gruppe Wohnungswesen und Sozialpolitik wird einstweilen zurückgestellt.

VB. Emmerling: Die Elektrifizierung erstreckt sich auf folgende Linien der Wiener Stadtbahn: Hütteldorf-Meidling-Hauptstrasse-Hauptzellamt-Heiligenstadt, ferner Meidling-Hauptstrasse-Gürtel-Heiligenstadt und Verbindungskurve Nussdorferstrasse-Brigittabrücke. Diese Linien haben zusammen eine Länge von rund 27 km mit 25 Stationen und Haltestellen. Die Bahnsteigsperrre bleibt wie im jetzigen Stadtbahnverkehr. Die Verortelinie und Verbindungsbahn sind aus der Elektrifizierung ausgeschlossen, da sie der Bund selbst zum Ueberleitungsverkehr benötigt. Im Jahre 1913 wurden 40 Millionen Personen mit der Stadtbahn befördert. Davon entfielen 33 Millionen auf den reinen Stadtverkehr innerhalb Hütteldorf und Heiligenstadt. Da die Strassenbahnwagen eine geringere Breite aufweisen als die Waggons der Stadtbahn müssen die Geleise näher an die Bahnsteige herengerückt werden, um die Sicherheit beim Aus- und Einsteigen zu gewährleisten. Ebenso würden die Geleise entlang dem Bahnsteig ein Stück gehoben und vollständig einwandfreie Ein- und Aussteigverhältnisse geschaffen, die die rasche Abwicklung eines Massenverkehrs ermöglichen. Zur

Erleichterung eines solchen Massenverkehrs, würde man in dreier Zügen fahren, die den angespanntesten Anforderungen gerecht würden. Durch die Änderungen, die an den Geleisanlagen betroffen werden, würde ein spätere Befahren mit Vollbahnwagen unmöglich, jedoch sei immerhin die Einführung eines elektrischen Schnellbahnverkehrs möglich. In den Kopfstationen Hütteldorf und Heiligenstadt müssen besondere Vorkehrungen zur raschen Abwicklung des Massenandrangs, der besonders im Sommer zu gewärtigen ist, getroffen werden. Diese sind in Hütteldorf leichter Natur, in Heiligenstadt aber müsse man zu diesem Zwecke ein ^{en} Tunnel errichten.

Der Referent bespricht die Einzelheiten des Projektes und verweist insbesondere auf die großen Bestellungen, die an die einschlägigen Industrien hinausgegeben werden, darunter auch die Anschaffung von 200 Betriebswagen. Im Sommer 1924 soll bereits die Linien, welche gegenwärtig mit Dampf befahren werden, auf den elektrischen Betrieb umgewandelt sein und Ende September hofft man den restlichen Teil bis Hütteldorf umzubauen.

GR. Kunschak (chr. soz.) gibt einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Stadtbahn. Wenn man sich gegenwärtig hält, welche Zwecke mit der Stadtbahn erreicht werden sollten, und was jetzt aus ihr gemacht werden soll, muß man sagen, es liegt ein Stück Tragik in diesem Kapitel österreichischen Verkehrslebens. Statt auf dem Wege der normalen Entwicklung zur vollwärtigen Schnellbahn fortzuschreiten, tritt nicht nur ein Stillstand, sondern ein Rücktritt ein. Wir haben infolge der ganz eigenartigen baulichen Entwicklung unserer Stadt ohnehin Bahnhofsverhältnisse, die sehr ungünstig genannt werden müssen. Die Bahnanlagen stammen aus einer Zeit, in der Wien ein großes Dorf gewesen ist, aber immerhin die Hauptstadt eines großen Reiches. Den viel erörterten Plan der Schaffung eines Zentralbahnhofes kann nur eine wirkliche Stadtbahn dienen. Wenn sie aber in eine Strassenbahn umgewandelt wird, wird die diesem Dienste von vorneherein entzogen. Damit ist aber ein großes Interesse der Wiener Bevölkerung und ein Verkehrsinteresse der Stadt Wien schwer verletzt und es ist wohl notwendig, daß man sich hierüber die ernstlichste Rechenschaft gebe und nichts unversucht läßt, die Inbetriebsetzung der Stadtbahn ohne Verletzung dieses Interesses der Bevölkerung und der Stadt Wien vornehmen zu können. Die Stadtbahn hat bisher auch dem Frachtenverkehr gedient. Hierbei wurde immer die Unzulänglichkeit des Milchtransportes nach Wien beklagt, welche in der Unzulänglichkeit unserer Bahnanlage zu suchen war. Man bemängelte insbesondere, daß unsere Bahnhöfe keine Lagerhäuser für Wien besitzen. Damals stellte ich den Antrag Michelbäuern zu einem einheitlichen Milchbahnhof auszugestalten. Dieser Gedanke wurde ernstlich verfolgt, die bezüglichen Projekte können noch im Eisenbahnministerium eingesehen werden. Der Krieg hat auch diesem Plan ein Ende gemacht. Durch die Umwandlung der Stadtbahn in eine Strassenbahn kommt dieser Plan gänzlich zum Scheitern. Der Bahnhof Michelbäuern besitzt auch entwicklungsfähige Anlagen für den Frachtenverkehr, Lagerräume von Speditionsfirmen, Auslade-rampen u.dgl., die nun durch die Umwandlung vollständig gegenstandslos geworden sind. Der Bahnhof Michelbäuern muß nach der Durchführung des Projektes der vollständigen Verödung anheimfallen.

Durch die vorgelegten Projekte würden die Nahverkehrseisenbahnen in Hütteldorf und Heiligenstadt abgeteilt. Es wird so auch der Durchgangs- und Ueberleitungsverkehr mit einem Federstrich unmöglich gemacht. Durch dieses System wird der Lokalverkehr sehr erschwert. Früher konnten die Beamten, die Arbeiter, die außerhalb Wiens einerseits bis Parkersdorf u.s.w. andererseits bis in die Gegend von Tulln wohnen, ohne Umzusteigen an ihr Fahrziel gelangen. Heute werden sie gezwungen umzusteigen. So ^{sei} das Verkehrsbedürfnis dieser Leute nicht gefördert, sondern verschlechtert.

Fünfter Bogen.

Zur eigentlichen Betriebsführung wäre zu erwähnen, daß geplant sei, in Ein-Minutenintervall zu fahren. Daraus ergebe sich besonders in den vielen oft aufgekürzten Tunnels eine schwere Gefahr für die Reisenden. Die Räder der Wagen hätten oftmals ganz abgelaufene Spurgrenze, woraus bei dem Umstand, daß die Spurweite der Stadtbahn, von der der Strassenbahn um 5 mm abweiche, sich ebenfalls schwere Gefahr ergeben kann. Es sei ein Glück, daß dem Vertrage zwischen der Gemeinde und den Bundesbahnen nur eine 10jährige sichere Lebensdauer zukomme. Nach 10 Jahren würde die Bundesbahnverwaltung hoffentlich von ihrem Rechte der einjährigen Kündigung des Vertrages Gebrauch machen. Schade sei es dabei nur, daß zu einem solchen Provisorium so ungeheure Summen, wie 185 Milliarden, die jetzt zum Bau der Anlagen ausgeworfen sind, verwendet würden. Andererseits gilt das gleiche für die Bundesbahnverwaltung. Auch sie gibt einen Bahnkörperpreis, der alle Voraussetzungen in seiner Anlage für eine vollwertige Schnellbahn trägt, die im Verkehrsleben Wiens ganz außerordentliche Dienste leisten könnte. Wenn sich nach 10 Jahren erweisen sollte, daß der Wiener Fernverkehr auf die Wiener Stadtbahn nicht verzichten kann, steht der Bund durch die Einrichtung der Anlage für den neuen Zweck gleichfalls vor großen Ausgaben.

Man wird mich nun fragen, welche Lösung ich mir denke. Darauf habe ich nur die Antwort, daß ich es mit Freuden begrüßen würde, die Elektrifizierung der Stadtbahn auf der Grundlage der elektrischen Schnellbahn erfolgt, die auch dem weiteren Lokalverkehr und gleichzeitig dem Frachtenverkehr dienen könnte. Unstreitig wäre die Stadt Wien außerstande die Mittel hierfür allein aufzubringen. Aber man könnte auf das frühere Verhältnis der drei Kurien, Stadt, Land und Staat, zurückgreifen und hierdurch die erforderlichen Mittel beschaffen. Auf Grund dieser Ausführungen halte ich mich für berechtigt, den Antrag zu stellen, daß dieses Referat in seinem technischen Teil an die Strassenbahndirektion neuerlich zurückverwiesen werde, mit dem Auftrage, neue Pläne auszuarbeiten und dem Gemeinderate vorzulegen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, muß ich namens meines Klubs mitteilen, daß wir zu unserem großen Leidwesen nicht in der Lage sind, für dieses Projekt die Verantwortung zu übernehmen und daß wir dagegen stimmen müssen.

Der Referent schlägt hierauf vor, zunächst den Strassenbahndirektor Spängler das Wort zur technischen Auskunftserteilung zu geben.

Um die Erstattung eines solchen Gutachtens zu ermöglichen erklärt GR. Kunschak, daß er seinen Antrag auf Rückverweisung vorläufig zurückziehe und erst späterhin wieder stellen werde.

Direktor Spängler führt aus: Der Betrieb, den wir durchführen wollen, kann mit einem gewöhnlichen Strassenbahnbetrieb nicht verglichen werden. Wir werden vielmehr einen schnellbahnmäßigen Strassenbahnbetrieb einführen. Der Unterschied besteht eigentlich nur in den Betriebsmitteln. Der Betrieb selbst kommt einem Schnellbahnbetrieb gleich. Wir werden in kurzen Intervallen fahren können, voraussichtlich in kürzeren Intervallen, als früher auf der Stadtbahn und die Bevölkerung wird dieselben Vorteile haben, wie bei dem früheren Stadtbahnbetrieb. Wenn die Wiener Stadtbahn wirtschaftlich betrieben werden soll, darf sie nicht als eine Bahn für sich betrieben werden. Man muß sie mit einem großen Verkehrsmittel vereinigen, um in die Lage zu kommen, einen Ausgleich in den Frequenzen zu erzielen. Die Strassenbahn verfügt über die erforderlichen Fahrbetriebsmittel, um zu Zeiten des stärksten Verkehrs wie er erfahrungsgemäß zu Allerheiligen sich abwickelt, ohne Schwierigkeiten durchzukommen. Daher haben wir auch die Möglichkeit für die Stadtbahn zu Zeiten des Sommerausflugsverkehrs eine sehr große Anzahl Wagen zur Verfügung zu stellen. Das ist der Grund, warum der Strassenbahnmäßige Schnellbahnverkehr uns ermöglichen wird, dieses außerordentlich schwierige Prob-

lem mit Aussicht auf nicht zu große finanzielle Nachteile zu lösen. GR. Kunschak befindet sich in einem Irrtum mit der Annahme, daß die Elektrifizierung seinerzeit infolge der Rückständigkeit der elektrischen Industrie nicht durchführbar gewesen sei. Zu jenen Zeiten bestanden bereits in allen Großstädten des Kontinents, elektrisch betriebene Schnellbahnen. Das wäre also auch in Wien möglich gewesen. Der einzig wirkliche Grund weswegen man vor der Elektrifizierung der Wiener Stadtbahn zurückschreckte waren finanzielle Schwierigkeiten. Die Kosten der Elektrifizierung sind so hoch, daß sie angesichts der verhältnismäßig kleinen Frequenz der Stadtbahn einen viel zu großen Anteil an der Verzinsungs- und Tilgungsquote gehabt hätten. Die Wiener Stadtbahn hatte per Fahrkilometer eine Durchschnittsfrequenz von 1,2 Millionen Fahrgästen jährlich. In anderen Großstädten kommen auf den Fahrkilometer 4, 5 und 6 Millionen Fahrgäste. Wenn man in Betracht zieht, daß für die Elektrifizierung beiläufig 40 bis 50 Millionen Goldkronen hätten aufgewendet werden müssen, so ist bei dem gegenwärtig bestehenden Strassenbahnfahrpreisen an eine Verzinsung und Tilgung dieser Summen nicht zu denken und ein Stadtbahnbetrieb hat nur dann einen Zweck, wenn er möglichst billig ist. Der Stadtbahnbetrieb litt auch unter dem Uebel, daß man für den Sonntagsverkehr einen großen Wagenpark bereithalten mußte, der hohe Kosten verursachte und bei den relativ schwachen Verkehr an Werktagen keine Verwendung finden konnte. Auf die Frage der Fernbahnhöfe kann ich mich nicht einlassen. Ich kann nur sagen, daß die Schaffung neuer Fernbahnhöfe so große Kosten verursachen würde, daß man nicht daran denken könnte. Bezüglich des Lokalverkehrs verweise ich auf die Schnellbahneinrichtungen in anderen Großstädten, wo beim Bau der Anlagen auf den Lokalverkehr keine Rücksicht genommen wurde. Die Frage einer Verbindung mit den Lokalbahnen kommt beim Schnellbahnverkehr eben erst in zweiter Linie. Wenn man bei einer innerstädtischen Bahn einen erfolgreichen Verkehr bieten will, ist es unmöglich auf einer solchen Bahn noch einen Fernverkehr abzuwickeln. Die Bundesbahnverwaltung hat das auch erkannt und aus diesem Grunde unserem Projekte zugestimmt. Ähnlich verhält es sich mit dem Frachtenverkehr. Einen solchen hat es auf der Stadtbahn nie gegeben. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Aber doch! In den Nachtstunden!) Die Nachtstunden sind bei einer Schnellbahn notwendig, um die dringendsten Reparaturen am Bahnkörper durchzuführen. Es ist ja möglich zwischen 1 Uhr nachts und 4 Uhr früh einen oder den anderen Güterzug durchzulassen, aber das wäre wohl kein triftiger Grund einer Bevölkerung ein gutes Verkehrsmittel zu nehmen. Der Herr GR. Kunschak hat gemeint, daß wir eine Barrikade zwischen Lokalverkehr und Stadtbahnverkehr aufrichten, das ist ein Irrtum. Wir richten keine Barrikade auf, sondern wir schaffen im Gegenteil eine nützliche Verbindung und das ist auch von den Bundesbahnen einwandfrei erkannt worden.

Die Schwierigkeiten des Umsteigverkehrs werden weniger an den Werktagen, als an den Sonntagen fühlbar sein. Eine weitere Elektrifizierung über Heiligenstadt und Hütteldorf hinaus ist nicht möglich, sie würde so schweres Geld kosten, daß von einem finanziellen Ergebnis keine Rede mehr sein könnte. Bis Weidling zu wohnen an der Strecke 8000 Menschen und außerhalb bis Neulengbach 20.000. Wir haben Zählungen über den Verkehr durchgeführt und festgestellt, daß von Purkersdorf täglich 4000 und auf der Franz Josefsbahn auf dem Ueberleitungsverkehr 1500 Menschen in Betracht kommen. Im Jahre 1910 fand eine Enquete statt, die darüber beraten hat, sämtliche Hauptbahnen mit der Stadtbahn zu verbinden. Man ist damals von diesem Projekt abgekommen.

GR. Kunschak: Das war vor 13 Jahren!

Direktor Spängler: Das ändert heute nicht viel. Herr GR. Kunschak hat davon gesprochen, daß technische Schwierigkeiten bestehen. Da hat er

vollkommen Recht. Das trifft aber auch bei einer Schnellbahn zu. Auch dort kann ein Unfall geschehen. Die Strassenbahnmässige Durchführung des Betriebes der Stadtbahn soll man nicht machen, weil einmal ein Unfall geschehen könnte. Ich kann ruhigen Gewissens versichern, daß alles geschehen wird, um die grösstmögliche Betriebsicherheit zu gewährleisten. Wir fahren auf Sicht, in den Tunnels werden Signalvorrichtungen angebracht und die Vorsicht bei diesem Betrieb muß weitaus grösser sein, als auf der Strassenbahn. Es ist auch über die Rücküberführung gesprochen worden. Wir haben nicht die Meinung, daß die Rücküberführung dringend ist. In technischer Weise wird sie mit den kleinsten Kosten in der kürzesten Zeit möglich sein. An den Baulichkeiten wird nicht das geringste geändert. Die Oberleitung wird so gemacht, daß man sie jederzeit wieder für den Vollbahnverkehr zurücknehmen kann. Auch die Wagenhallen werden so konstruiert, daß sie jederzeit weggenommen werden können. Schliesslich ist auch die Errichtung der Umformerstationen so geplant, daß sie auf die höhere Spannung umgebaut werden können. Was die finanzielle Seite anlangt, so hoffen wir mit den 185 Milliarden auszukommen. Es ist dies freilich nicht sicher, aber unsere Berechnungen wurden mit der grössten Sorgfalt vorgenommen. Auch die Verwaltung der elektrifizierten Stadtbahn wird durch die Einfügung in den Strassenbahnbetrieb einheitlich sein. Ich kann mit gutem Gewissen sagen, daß alles geschehen ist, um für die Zukunft der Wiener Bevölkerung einen guten Verkehr zu schaffen. (Beifall)

GR Kunschak berichtet, daß die elektrische Industrie vor 25 Jahren gemessen an den heutigen Fortschritten etwas anders ausgesehen hat, weshalb vor dieser Zeit die Elektrifizierung der Stadtbahn weit schwieriger war. Er stellt den Antrag die Vorlage an die Direktion der Strassenbahnen rückzuverweisen.

Bei der Abstimmung wird der Rückverweisungsantrag abgelehnt und der Referentenantrag mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Bgm. Seitz: Durch diesen Beschluß sind die Vorarbeiten für die Elektrifizierung der Stadtbahn abgeschlossen und es kann ein großes Werk begonnen werden. Man mag über die Einzelheiten seiner Durchführung verschiedener Meinungen sein, eines aber steht fest, wenn der Krieg eines der wichtigsten Verkehrsmittel der Wiener Bevölkerung zerstört hat, so muß rege Friedensarbeit am Werke sein, um es wieder herzustellen. Wenn es uns gelingt, dieses große Werk zu schaffen, dann ist dies vor allem der regen Arbeit der beiden ausführenden Stadträte Vizebürgermeister Emmerling und Stadtrat Breitner zu danken. Es muß aber ganz besonders auch der unermüdeten und hingebungsvollen Arbeit des Herrn Direktors Spängler und des Herrn Obersenatsrates Dr. Müller Erwähnung getan werden, die in den letzten Wochen eine aufopferungsvolle Tätigkeit geleistet haben. Dank gebührt auch allen ^{anderen} Mitarbeitern an diesem Werke und ich glaube im Sinne des ganzen Gemeinderates zu handeln, wenn ich diesen beiden Funktionären, Direktor Spängler und Obersenatsrat Müller den Dank des Gemeinderates zum Ausdruck bringe. (Lebhafter Beifall.)

GR Kunschak: Und sonst hat niemand ein Verdienst?

Rufe bei den Christlichsozialen: Der Bund hat die Bahn hergegeben.

Bgm. Seitz: Wir sind mit dem Bund in ein Vertragsverhältnis getreten. Ich kann daher nur namens des einen Kompasszenten sprechen. Es wird Sache der Regierung sein, das dort zu tun, wo dazu der Ort ist. Ich glaube, daß ^{ich} im Gegenteil die Funktionäre des Bundes durch einen Dank meinerseits bei ihren Auftraggebern in ein schlechtes Licht bringen würde. Ich stelle fest, dass diese Herren sich ausschliesslich vom sachlichen Interesse der Gesamtheit haben leiten lassen. Ich bin nicht befugt ihnen zu danken. (Beifall bei der Mehrheit.)

Damit ist die Angelegenheit der Stadtbahn erledigt.

Es gelangt nun die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen und Sozialpolitik zur weiteren Beratung.

GR Körber (chr. soz.) weist darauf hin, daß in der Bevölkerung aber auch nicht das geringste Vertrauen darauf bestünde, daß die versprochenen 25.000 Wohnungen tatsächlich erbaut würden. Die gut gemeinten Vorschläge seiner Partei seien immer wirkungslos an der Verständnislosigkeit der Rathausmehrheit abgeprallt. Die Einrichtung des Wohnungsamtes sei nur ein Ueberbleibsel aus der Zeit der zentralen Wirtschaft, die gerade den Sozialdemokraten so angenehm war, weil sie dabei ihre schönen Geschäfte machen konnte. Es sei nur zu erinnern, dass die Hammerbrotwerke, die vor dem Krieg dem Untergang nahe waren, durch diese Wirtschaft wieder neu auflebten. Auffällig sei wie rasch Ausländer, die nach Wien kommen, zu einer Wohnung gelangen. Wahrscheinlich handle es sich dabei in vielen Fällen um Parteigänger der Sozialdemokraten oder um Leute, die sich dieser Partei in anderer Form für die Wohnungsvermittlung erkenntlich zeigt. Wohnungen seien ja genug zu erhalten, wenn man 40, 50, ja sogar 100 Millionen dafür bezahle. Die bodenständige Bevölkerung allerdings müsse einen Leidensweg gehen und Flagereien erdulden, ehe vielleicht nur Aussicht eine Wohnung zu bekommen, erreicht wird. Quälend sei die Lage besonders für die Hausbesitzer, die zugleich auch Gewerbetreibende seien. Diese werden von doppelten Lasten betroffen. Und so sei es erklärlich, daß ihre Häuser mehr und mehr verfallen. Ihre Plakate vor den Wahlen erweisen sich heute schon als plusper Schindeldel.

GR Orel (chr. soz.): Wir haben die Empfindung, daß die Abteilung für Wohnungswesen und Sozialpolitik überhaupt nicht weiß, was Sozialpolitik ist. Es handelt sich um den Wiederaufbau einer in Auflösung geratenen Gesellschaft. Eine Gesellschaft ist aus natürlichen Organen zusammengesetzt. Ihnen gilt es nur Ersatzteile an Stelle wirklicher Organismen zu setzen. Wenn man wirklich Sozialpolitik treiben will, die mehr als ein großer Schritt wert sein soll, dann muß man jene Bedingungen wieder schaffen, unter welchen ein organisches Wiederaufleben möglich ist. Die freie selbstschöpferische Persönlichkeit muß wieder hergestellt werden. Der Veranschlag lasse alles vermissen, was darauf hinfiele. Man müsse sehen, daß die Menschen wieder in Arbeits- und Lebensfreude schaffen können. Nicht kurze Arbeit und hoher Lohn ist das Ideal des Menschen, der sich seiner Würde bewusst ist, das christliche Kulturideal sei vielmehr das, dass der Mensch immer mehr ein höheres Niveau unter schwerer ernster Arbeit, vieler Mühe und Entsegung zu erreichen trachete. Die Sozialdemokraten hätten sein Verständnis für den Wiederaufbau einer Gesellschaft, in der der Einzelmensch frei eine selbständige Persönlichkeit sein könnte. Ihnen käme es nur darauf an zu nivellieren, alle Unterschiede gleichzumachen. So müssten die Voraussetzungen geschaffen werden für die Jugend das christliche Volk zu beherrschen. Die Ideengänge der Mehrheit leiste solcher Art nur den jüdischen Verknechtungsplänen Vorschub. Das Beispiel Russlands zeige wie sehr ein Volk unter der Herrschaft der Juden, Schinder, Gauner, Schwindler in Leiden versetzt würde. Ein breiter mächtiger Mittelstand müsse aufgebaut werden. So lange das nicht gelinge, könne man von sozialer Politik nicht sprechen. Sie wollen die Arbeiter entrechten, die Arbeiter zu Sklaven machen. Sie wollen dasselbe wie der Liberalismus und der Kapitalismus.

GR Schorsoh: Sie könnten viel Geld verdienen beim Hagenbeck!

GR Orel: Bei Vergebung und Zuweisung der Wohnung werde eine ganz unglaubliche Willkür geübt. Es sei dem Redner eine große Zahl von Beschwerden zur Vertretung vorgebracht worden, bei denen es sich immer darum handle, dass Sozialdemokraten in einseitiger Weise bevorzugt wer-

Siebenter Bogen.

GR Dr. Plaschke (Jüd. Nat.) tritt für die Förderung der privaten Bautätigkeit durch die Gemeinde ein und bezeichnet es als unerlässlich, daß die ihr entgegenstehenden Hindernisse, welche eine harte Steuerpraxis verursacht, beseitigt werde. An dem Bundesgesetz ist zu bemängeln, daß es nur für Wohnhausbauten und nicht auch für Geschäftshausbauten die Steuerbefreiung normiert. Redner wendet sich gegen den Antrag der GRin. Wielsch wegen Anforderung von Flüchtlingswohnungen. Diese armen Menschen, die in den Wohnungen zusammengedrückt leben, möge man in Ruhe lassen und die Schieber und Gauner, ob sie nun Christen oder Juden sind, ausweisen und ihnen die Wohnungen wegnehmen. Das Anforderungsrecht der Gemeinde sei durch das neue Bundesgesetz verschlechtert worden, denn durch dieses Gesetz werde die Wohnungsschiebung geradezu gefördert. Hier müsse die christlichsoziale Opposition einschreiten, anstatt sich auf 200 Flüchtlingswohnungen zu stürzen.

GR Erban (chr. soz.) bespricht die Mängel des Anforderungsverfahrens und tritt dafür ein, dass die Zentralanforderung und bezirkweise Anforderung vereinigt werden. Das Qualifikationssystem, auch das Räumungs- und Tauschverfahren bedürfen der Vereinfachung, das Zuweisungsverfahren müsse entpolitisiert werden.

GR Untermüller (chr. soz.) kritisiert die Zustände im Arbeitsnachweisamt und in der Auszahlungsstelle Gumpendorferstrasse. Dann wendet er sich in scharfen Ausdrücken gegen die ohne Vorberaubung erfolgte Verleihung des Heimatsrechtes an den Herausgeber der „Börse“, Herrn Bekessy. Wahrscheinlich habe dieser Herr diesen außerordentlichen Vorteil dem Umstand zu verdanken, weil er seine Zeitung im Wahlkampf der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stellte. Seine Wohnung auf dem Loquaipplatz genügte ihm nicht. Er habe ein Haus gekauft und sofort den ganzen ersten Stock für sich in Anspruch genommen. Die Baubehörde erteilte ihm sogar die Bewilligung vier Zimmer in einen Salon umzuwandeln, wahrscheinlich um es ihm zu ermöglichen, für seine Abendgesellschaften einen großen Raum zu gewinnen. Bekessy, der unter dem kommunistischen Regime in Ungarn eine Rolle spielte, habe als Jahreseinkommen 600 Millionen Kronen angegeben und 80 Millionen Aufnahmestaxe gezahlt.

StR. Weber (Schlusswort): Es ist Tatsache, daß heute das Wohnungswesen eines der grössten sozialen Aufgaben darstellt. Ich will, eingehend auf die Ausführung der einzelnen Redner, vor allem nachdrücklich feststellen, daß die Arbeitslosenämter keineswegs eine Aufgabe der Gemeinden sind, sondern die Unterbringung dieser Ämter dem Bund zufällt. Wenn also diese Ämter in Wien schlecht untergebracht sind, dann ist die Gemeinde unschuldig. Wir haben schon im Vorjahre ein Projekt ausgearbeitet, das einen Neubau für ein Arbeitslosenamt vorgesehen hat. Die Gemeinde hat trotzdem sie sich verpflichtete den Grund zur Verfügung zu stellen, vom Ministerium für soziale Verwaltung einen ablehnenden Bescheid erhalten. (Rufe: Hört! Hört!) Wir haben aber die Bemühungen unsere Arbeitslosenämter trotz der Ablehnung der Regierung, gut unterzubringen nicht aufgegeben und werden in der Siebenbrunnenkaserne, die in privaten Händen sich befindet, zwei Stockwerke für diesen Zweck mieten. Was nun das Wohnungswesen anlangt, so hat es mich sehr überrascht, daß von der Minderheit es als unsere grösste Sorge bezeichnet wurde, daß die Zwangswirtschaft aufrecht erhalten wird. Es ist dies ein Trugschluss und wir bedanken uns für eine solche Rationierung des Wohnraumes, wie er jetzt in der Zeit der Not erfolgen muß. Wir Sozialdemokraten sind an dieser Wohnungsnot nicht schuldig, aber solange sie besteht, muß die Bewirtschaftung aufrecht bleiben. Die Wohnungsnot ist übrigens auch in jenen Ländern, die vom Kriege verschont geblieben sind, nicht kleiner, als bei uns. Sie brauchen nur die ausländischen Blätter verfolgen, um zu sehen, daß es sich hier um eine internationale Erscheinung handelt. Der gegenwärtige Zustand ist natürlich kein Ideal und wir wollen möglichst schnell zu einem umge-

kehrten Verhältnisse gelangen, nämlich dass nicht die Wohnungslosen vorgemerkt werden, sondern die Wohnungen und die Wohnungssuchenden sich die entsprechenden Räume aussuchen können. Freilich, wenn Sie darunter den Abbau des Mieterschutzes verstehen, so sei festgestellt, daß wir an dieser Errungenschaft nicht rütteln lassen. Der Mieter war früher absolut vogelfrei, gleichgültig, ob es sich um Wohnungen oder Geschäftslokale handelte. Unsere Aufgabe ist nun in der kürzesten Zeit so viele Wohnungen zu schaffen, als nur möglich ist. Wenn hier gesagt wurde, daß mit den 25.000 Wohnungen nichts gemacht ist, so ist dieser Zweifel unrichtig. Es werden mindestens in diesen fünf Jahren 10.000 Wohnungen durch Anforderung zur Verfügung stehen, so dass es sich nicht um 25.000, sondern um ungefähr 40.000 Wohnungen handeln wird. Damit haben wir den grössten Teil der Wohnungssuchenden abgebaut und bei den übrigen Vorgemerkten handelt es sich nur um Wohnungsverbesserungen. Es hat die Regierung jetzt ein Gesetz beschlossen, das eine Linderung des Wohnungselends herbeiführen soll. Ich weiß nicht ob es möglich ist, durch dieses Gesetz die Banken und großen Industrieunternehmungen zu zwingen für ihre Arbeiter und Angestellten Wohnungen zu errichten. Aber ich weiß, daß die Regierung den sozialdemokratischen Resolutionsantrag, der ein Gesetz verlangt, daß die Reichen zwingt für ihre Bedürfnisse Wohnungen zu errichten und ihre Wohnungen zur Verfügung zu stellen, bis heute nicht erledigt hat. Es handelt sich dabei gar nicht um Bolschewismus, da in vielen Staaten die Reichen zum Bauen von Wohnungen gesetzlich verhalten werden. Die Frage der Flüchtlingswohnungen ist wirklich politisch mißbraucht worden. Die Leute sind doch durch höhere Gewalt nach Wien gekommen. Sie sind nicht durch den Einfluß der Gemeinde, sondern durch die christlichen Hausbesitzer in die Wohnungen, die sie heute haben, hineingekommen. Diese Hausbesitzer haben diese Flüchtlinge den Bodenständigen vorgezogen. Aus dieser Frage wird nun ein Politikum. Die Gemeinde kann natürlich da gar nichts machen, da ein solches Gesetz nicht besteht. Benützen Sie ihren politischen Einfluß bei der Bundesregierung, damit Sie ein solches Gesetz, das diese Fremden vor die Stadt bringt, beschliesst. Ich bin überzeugt, dass sich Wien eine solche Fremdenausweisung als Weltstadt und nicht als Krähwinkel nicht leisten kann. Das Wohnungsamt sei nicht in der Lage alles anzufordern, was es anfordern möchte, weil darüber die Gerichte entscheiden. Wir sind dazu gekommen das Punktesystem einzuführen, gegen aber selbst zu, daß auch dieses System gewisse Härten enthält. Es gibt eben kein System, das absolut gerecht ist. So weit Reformen möglich sind, wurden diese von uns auch durchgeführt. Was die in den Zeitungen erscheinenden Annoncen über Wohnungskauf und Tausch betrifft, so hat gerade die Bundesregierung alle unsere Vorstellungen abgelehnt. Es trifft in dieser Hinsicht den Bund die Schuld und ist zu wünschen, daß von dieser Seite Abhilfe geschaffen würde.

Der Referent ersucht den Antrag der GRin. Wielsch der geschäftsordnungs-mässigen Behandlung zuzuweisen und Wielsch ersucht um Annahme des Voranschlages.

GRin. Wielsch (chr. soz.): Gegenüber den Ausführungen des Dr. Plaschke berichtige ich tatsächlich, daß nicht alle Flüchtlingswohnungen schlecht sind, sondern vielfach Flüchtlinge in aller Bequemlichkeit wohnen.

GR Kunschak berichtigt tatsächlich; Das Ausweisungsrecht ist ein Recht der Landesregierung. Ferner ist das Anforderungsrecht durch ein Gesetz geregelt, Vollzugsorgan dieses Gesetzes ist das Wohnungsamt, in Streitfällen habe das Gericht zu entscheiden. Der Regierung komme ein Einfluss nicht zu.

Es wird sodann der Voranschlag des Referenten angenommen.

VB. Hoss teilt nunmehr mit, dass die Sitzung des Gemeinderates nach Erledigung der Tagesordnung des Landtages, der morgen Samstag um 9 Uhr vormittags beginnt, fortgesetzt wird. Schluß der Sitzung 9 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag den 21. Dezember 1923.

Die Preise für die Volkswohnungshäuser der Gemeinde. Für die Verbauung von Häusern mit Volkswohnhäusern in der Leopoldstadt, Lasallestrasse-Vorgartenstrasse-Ybbsstrasse-Radingergasse hat die Gemeinde Wien einen allgemeinen Wettbewerb für in Wien ständig wohnhafte Architekten österreichischer und reichsdeutscher Staatsbürgerschaft ausgeschrieben. Für diesen Wettbewerb sind 91 Entwürfe eingelangt. Gestern hat nun die Schlussitzung des Preisgerichtes stattgefunden und es wurden folgenden Entwürfen Preise zuerkannt: Erster Preis: Kennwort: „Wienerisch“, Architekt Karl Krist, XIX. Saarplatz 1, im Betrage von 28 Millionen Kronen. Zweiter Preis: Kennwort: „Lasalleturm“, Architekt Hubert Gessner und Atelier, Architekten Waage, Paar und Schlossberg, XVIII. Sternwartestrasse 70, im Betrage von 14 Millionen Kronen. Dritter Preis: Kennwort: „Einfach“, diplomierte Architekten Wilhelm Wohlmayer und Karl Hauschka, VII. Zieglergasse 28, im Betrage von 10 Millionen Kronen. Ausserdem wurden den Entwürfen Nummer 8 V 3, Nummer 16 „Ybbs“, Nummer 22 „Laubenhäuser“, Nummer 40 „Bini- ni“, Nummer 48 „Volkswohl“, Nummer 54 „Grosstadt“, Nummer 59 „Sonne“, Nummer 73 „Taylor“ und Nummer 84 „Volkswohl I“ Entschädigungen im Betrage von je zwei Millionen Kronen zuerkannt. Die Verfasser dieser Projekte werden ersucht in der Magistratsabteilung 22 innerhalb vier Wochen wegen Anweisung dieses Betrages vorzusprechen. Die Wettbewerbsarbeiten sind vom 22. d. bis einschliesslich 4. Jänner 1924 in Festsäle des Neuen Wiener Rathauses öffentlich ausgestellt. Sie können jeden Tag zwischen 9 und 2 Uhr besichtigt werden.

Ein neuer Rauchfangkehrertarif. Die Genossenschaft der Rauchfangkehrermeister hat eine fünfunddreissigprozentige Erhöhung des Wiener Rauchfangkehrertarifcs verlangt und dieses Verlangen mit der Forderung der Gehilfenschaft nach einer ebenso hohen Lohnzulage begründet. Die Löhne betragen gegenwärtig 300.000 Kronen wöchentlich, worin bereits die Vergütung für das Handwerkszeug und das lderne Arbeitsgewand enthalten ist. Am Mittwoch war nun eine Interessentenbesprechung an der die Vertreter des Gewerbes, der Hausbesitzer und der Mieter teilnahmen. Alle beteiligten Interessentengruppen stimmten einer rund siebenundzwanzigprozentigen Erhöhung des Tarifcs zu, die zur Deckung der erhöhten Betriebskosten ausreicht. Dadurch wird der Grundtarif von November 1920 auf das 285fache gesteigert. Die Mehrbelastung einer Kleinwohnung beträgt rund zweihundert Kronen monatlich. Der neue Tarif gilt vom 1. Dezember 1923 an.

Der Verkauf von Geflügel. Die Direktion des Marktamtes der Stadt Wien teilt mit, dass in letzter Zeit Hühner und Indians entgegen der früheren Übung mit den Gedärmen versendet werden. Es stellt sich dieses Geflügel allerdings etwas billiger als entdärmete Ware, aber nicht so willig, als es dem minderen Werte entsprechen würde. Es wurde daher verfügt, dass nicht entdärmetes Geflügel nur unter ausdrücklicher und leicht wahrnehmbarer Bezeichnung verkauft werden darf. Nicht entdärmetes Geflügel stellt sich gegenüber anderen um viertausend bis achttausend Kronen niedriger, worauf besonders aufmerksam gemacht wird.

Flischeinkauf am Christ- und Stefanitag. Auf zahlreiche Anfragen teilt die Direktion des städtischen Marktamtes mit, dass die Fleischhauer am 25. Dezember ihre Geschäfte geschlossen halten. Am 26. Dezember jedoch sind die Fleischhauergeschäfte bis 12 Uhr mittags offen.